Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1338
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 173. Dienstag, 28. Juli 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Beratung der Steuervorlagen im Reichstag.

Die Regierungsparteien empfehlen notgedrungen die Annahme.

vdz. Berlin, den 27. Juli 1925.

Am Regierungstische: Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und gibt Kenntnis von dem **Ableben des Abg. Eichhorn** (Komm.).

Das Haus tritt dann in die

zweite Lesung der neuen Steuervorlagen

ein. Es handelt sich um das **Einkommensteuergesetz**, das **Körperschaftssteuergesetz**, das **Reichsbewertungsgesetz**, die **Vermögens- und Erbschaftssteuer**, die **Verkehrssteuern**, die **Verbrauchssteuern**, den **Finanzausgleich**, die **Bier- und Tabaksteuer**. Verbunden damit wird ein Antrag Fuller (Dn.) auf Errichtung und Erhaltung eines Reichstabakforschungsinstituts in Baden.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. **Dr. Oberfohren** (Dn.) gibt **im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien eine Erklärung** ab, wonach die genannten Fraktionen, abgesehen von der Stellungnahme zum Finanzausgleich und zu dem finanzpolitischen Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den Steuergesetzen in der Fassung des Ausschusses mit Vorbehalt gewisser Verbesserungen **zustimmen. Sie tun dies unter ausdrücklicher Betonung schwerer Bedenken**, die sie gegen Einzelheiten der Gesetze und vor allem gegen die auf die Dauer unerträglich hohe steuerliche Belastung der gesamten Wirtschaft und des einzelnen Steuerpflichtigen haben. Die genannten Parteien waren gezwungen, diese Bedenken zurückzustellen angesichts der Notwendigkeit, die erforderlichen Mittel für die Ausgleichung des Haushalts und die Durchführung der Kriegsentschädigungsverpflichtungen zu sichern. Schon jetzt erweist es sich, so wird in der Erklärung festgestellt, daß **diese Verpflichtungen in den kommenden Jahren die Steuerkraft des deutschen Volkes in so erdrückendem Maße in Anspruch nehmen werden, daß man nur mit schwerer Sorge um die Wirtschaft und die soziale Entwicklung der Zukunft entgegensehen kann.**

Die Hauptvoraussetzung für eine erträgliche Gestaltung dieser Lasten sei eine Außenpolitik, die in höherem Maße als bisher auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten Rücksicht nimmt. Es erschien oberste Pflicht, einen gerechten Ausgleich zwischen den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft, den sozialen und kulturellen Erfordernissen und den dringendsten Bedürfnissen des Staates zu schaffen. Ferner mußte für eine gleichmäßige und einheitliche Veranlagung und Bewertung bei der Besteuerung von Einkommen und Besitz gesorgt werden. Leider gestattete die Finanzlage nicht, die in vieler Beziehung schädliche Umsatzsteuer stärker zu mindern. Die Regierung soll eine Aenderung des Systems der Umsatzsteuer prüfen und weitere Erleichterungen erwägen. Eine **erhebliche Verstärkung des Kinderprivilegs** ist in die direkte Besteuerung eingebaut worden. Der Steuerausschuß hat in Bezug auf die Gestaltung der Hauszinssteuer und der Miete die Beschlüsse des Wohnungsausschusses übernommen, aber erhebliche soziale Erleichterungen und Garantien hinzugefügt, er hat die Hauszinssteuer in ihrer Geltungsdauer begrenzt und einigen Ländern eine Aenderung der Erhebungsform nahegelegt.

Beim Finanzausgleich behält sich die Bayrische Volkspartei eine besondere Stellungnahme vor. Die übrigen Fraktionen erklären hierzu, daß sie dem Reich kein Kontrollrecht im einzelnen über Länder und Gemeinden geben wollen, sondern durch statistische Unterlagen zur Klärung der Verhältnisse beitragen wollen. Damit soll bewiesen werden, daß unsere steuerliche Gesamtbelastung das Maß der Belastung in jedem anderen Lande weit übersteigt, namentlich was Besitz- und Ertragssteuern angeht, obwohl gleichzeitig auch die unteren und mittleren Einkommensstufen ungleich höher als im Auslande belastet sind. Gerade solche Beweisgrundlagen sind mit Rücksicht auf unsere außenpolitische Lage besonders wichtig.

Die Parteien haben alles getan, was in ihrer Kraft stand, um den Ländern und Gemeinden in Bezug auf die Steuerüberweisungen entgegenzukommen, soweit die finanzielle Not des Reiches es irgend zuläßt. Sie hoffen, daß dieses Entgegenkommen den Weg zu einer Verständigung zwischen Reich und Ländern eröffnen wird. In der Erklärung wird dann die ernste Mahnung zu äußerster Sparsamkeit, vor allem auch an einen Teil der Gemeindeverwaltungen, gerichtet, die den ganzen Ernst der Lage noch nicht voll erkannt zu haben scheinen. Die Ausgaben haben sich nach der Gesamtleistungsfähigkeit der Steuerzahler zu richten. Zum Schluß betonen sämtliche hinter der Regierung stehenden Parteien, daß die Verabschiedung der gesamten Steuerreform nicht länger hinausgezogen werden darf. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß durch dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit in vertrauensvoller Zusammenarbeit geschaffene Werk ein Grundstein für die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Gesundung des deutschen Volkes gelegt worden ist.

Abg. **Dr. Hertz** (Soz.) stellt fest, daß die Erklärung der Regierungsparteien keinen Zweifel darüber läßt, daß die Regelung, die in 52 Sitzungen des Steuerausschusses gefunden wurde, nur mit schweren Bedenken betrachtet werden könne. **Viel schwerer seien aber noch die Bedenken seiner Partei.** Sie habe schließlich mitgearbeitet und die sozialen Erfordernisse, aber auch die Finanzlage des Reiches beachtet. Gegen ihren Willen seien aber Beschlüsse zustande gekommen, denen sie nicht zustimmen könne.

Der Redner protestiert gegen die Geheimverhandlungen der Regierungsparteien mit der Regierung, die nicht dazu führen dürften, die parlamentarischen Instanzen zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Der Redner fordert Verringerung der Belastung des Lohneinkommens, Niedrighaltung der Verbrauchssteuern und schnellen Abbau der Umsatzbesteuerung. Die neuen Vorlagen lieferten den Beweis, daß die Rechtsparteien alle ihre politischen Ziele preisgeben, wenn sie materielle Vorteile für den Großbesitz erkaufen können. Die Sozialdemokratie lehne jede Verantwortung für dieses Gesetzgebungswerk ab, da es von rein kapitalistischen Erwägungen beherrscht sei und weder auf soziale Forderungen noch auf den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens Rücksicht nehme.

Abg. **Neubauer** (Komm.) **bekämpft die Vorlagen**, die eine unerhörte Bevorzugung des Besitzes und eine unerträgliche Belastung des arbeitenden Volkes seien. Der deutschen Wirtschaft bleibe nur der Weg der Sozialisierung wie in Rußland. Die Sozialdemokratie habe ein Verbrechen begangen, daß sie keinen Massensturm gegen die Steuern veranlaßte. Die Entscheidung über die Vorlagen liege jetzt noch draußen bei den Massen.

Abg. **Dr. Fischer**-Köln (Dem.) erklärt, daß die Reichsregierung der Kritik an ihren Steuervorlagen keine Folge gegeben habe. Auch bei den Regierungsparteien habe das Streben nach Anpassung der Steuerlasten an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kein Verständnis gefunden. **Die gegenwärtige Finanz- und Steuerpolitik befindet sich auf völlig falschem Wege.** Die Zermürbung der Steuerquellen müsse schließlich zu einem Fiasko führen. Zur Aufrechterhaltung der verfehlten und überspannten Steuerpolitik füge man jetzt noch den Ausbau einer verfehlten Hochschutzzollpolitik hinzu. Unwiderlegt sei bisher die Errechnung, wonach die Landwirtschaft bis zu 60 Prozent, Gewerbe, Handel und Industrie bis zu 70 Prozent ihres gegenwärtigen Ertrags allein durch Steuern belastet seien. Man dürfe nicht einfach von der Ausgabeseite des Etats ausgehen, sondern müsse den finanzwirtschaftlichen Fragen von Seiten der Einnahmen zu Leibe gehen. Notwendig sei ein Etatgrundgesetz, das die gesamten Steuerleistungen in ein vernünftiges Verhältnis der Vorkriegszeit bringt.

Der Redner kommt gegenüber dem rechnerischen Haushaltsdefizit des Finanzministers zu einem Plus von 100 Millionen, das sich bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten auf rund eine Milliarde gegenüber dem Voranschlag steigern lasse. Ein durchgreifender Steuerabbau sei also durchaus möglich. Der Redner kritisiert dann die vorliegenden Steuergesetze, die alle die schönen Grundsätze vermissen ließen, von denen die Neuordnung des deutschen Steuerwesens beherrscht werden sollte. Die Regierungsparteien hätten vollkommen versagt. Der Redner tritt zum Schluß für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuß ein, der, losgelöst von allen fiskalischen und parteitaktischen Erwägungen, vielleicht am ehesten den Weg für eine Großfinanzreform freimachen könne.

Reichsfinanzminister v. Schlieben

weist den Vorwurf des Vorredners, daß er Fiskalismus und Thesaurierungspolitik triebe, zurück. Bei der gegenwärtigen unsicheren Wirtschaftslage sei es aber notwendig, bei den Reichsfinanzen vorzusorgen. Mit den jetzt festgestellten Ueberschüssen müssen wir bis zum Ende des Jahres leben. Es handelt sich auch hier um Ausgaben im ersten Vierteljahr des neuen Etatsjahres, die bereits bewilligt sind, um Aufwendungen für die Auslandsdeutschen usw. (Abg. Fischer (Dem.): Warum geben Sie auf meine Zahlen nicht ein?) Sie können nicht verlangen, daß ich auf so detaillierte Ausführungen hier sofort Rede und Antwort stehe. Dazu ist auch das Plenum nicht der Ort. Ich bin bereit, im Hauptausschuß darauf einzugehen.

Abg. **Schröder** (Völk.) schließt sich der Kritik des demokratischen Redners an. (Zuruf rechts: Eine neue Front!) Der Redner protestiert gegen die Ueberspannung des Steuerdrucks.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die Abgg. **Höllein** (Komm.) und **Dr. Hertz** (Soz.) **fordern Vertagung**, während die Abgg. **Dr. Gereke** (Dnatl.) und **Dr. Kuhlenkampff** (D. Vp.) widersprechen.

Als Vizepräsident **Gräf** weitere Meldungen zur Geschäftsordnung nicht mehr annimmt, entsteht **bei den Kommunisten ein ungeheurer Lärm.** Sie rufen: Es ist unerhört, es geht schon los!

Der **Vertagungsantrag** wird um ¾7 Uhr **abgelehnt.** Es wird in die Einzelbesprechung eingetreten, und zwar in die

zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes

Abg. **Eggerstedt** (Soz.) erhält das Wort. Als er die Tribüne besteigt, verlassen Abgeordnete der Rechten in größerer Zahl den Saal. Die Sozialdemokraten und Kommunisten erheben dagegen stürmischen Protest. Der Redner hält den Regierungsparteien dann vor, ihre Siegesstimmung würde nicht lange Bestand haben.

Um ¾7 Uhr beantragt Abg. **Rädel** (Kom.) erneut Vertagung, da die Parteien, die für Weiterberatung seien, sich außerhalb des Saales aufhielten.

Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, muß Hammelsprung erfolgen. Bei der Auszählung erscheinen im Saale nur die Regierungsparteien, von den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten nur die Fraktionsvorsitzenden.

Vizepräsident Gräf stellt fest, daß 169 Abgeordnete mit Nein gestimmt haben, 6 mit Ja. **Das Haus ist also beschlußunfähig.**

Die Sitzung wird abgebrochen. Der Präsident beraumt sofort eine neue Sitzung für 7 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Steuerberatung an.

Die neue Sitzung.

Um 7 Uhr eröffnet Vizepräsident **Gräf** die neue Sitzung.

Die Steuerberatung wird fortgesetzt.

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) wirft den Regierungsparteien vor, daß das Einkommensteuergesetz noch nicht fertig sei. Die Regierungsparteien seien sich wohl einig, daß sie sich einigen wollten, aber die entsprechenden Anträge lägen noch nicht vor. Noch niemals sei ein so mangelhaft vorbereitetes Gesetz an den Reichstag gelangt.

Um ¾8 Uhr beantragt Abg. **Neubauer** (Kom.) erneut Vertagung. Zugleich wird die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Es setzt wieder eine größere Geschäftsordnungsaussprache ein.

Schließlich wurde durch **Auszählung mit Namenskarten** festgestellt, daß 268 Abgeordnete anwesend sind, daß das Haus also beschlußfähig ist.

Der Vertagungsantrag wird darauf abgelehnt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird nach einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Höllein **§ 1 des Einkommensteuergesetzes mit großer Mehrheit angenommen**, worauf die Sitzung auf Dienstag nachmittag 1 Uhr vertagt wurde.

•

Eine Reichstagsanfrage über die Waldbrände.

)(Berlin. Die **Wirtschaftspartei, das Zentrum und die deutsche Volkspartei** haben folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: Die Wald-, Heide- und Moorbrände in Hannover von bisher unbekanntem Ausmaße haben zahlreiche Ortschaften schwer betroffen. Eine noch größere Anzahl von Ortschaften ist bedroht. Den Bränden Einhalt zu tun, reichen die bisherigen Hilfskräfte nicht aus. Ist die Regierung bereit, a) Truppen der Reichswehr aus den entfernteren Garnisonen schleunigst zur Hilfeleistung und b) Geldmittel zur Linderung der Not in den heimgesuchten Ortschaften zur Verfügung zu stellen?

•

Die Flut neuer Gesetze.

)(Berlin. In der ersten Hälfte dieses Jahres sind nicht weniger als **180 Reichsgesetze**, Verordnungen, Bestimmungen und dergleichen ergangen, die in das Reichsgesetzbuch kommen, ganz abgesehen davon, was sonst noch von den Behörden des Reiches, der Länder, deren Teilverwaltungen usw. vorgeschrieben wird. Eigentliche Reichsgesetze gab es 54, Verordnungen der Reichsbehörden 69, bindende Bekanntmachungen 51.

Vorbesprechungen über die deutsche Sicherheitsnote.

Paris. (Funkspruch.) Der englische Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat Sir Eric Phipps, hatte gestern eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Aeußern Philippe Berthelet, in deren Verlauf über den Eindruck gesprochen worden sein soll, den die deutsche Sicherheitsnote in England hervorgerufen habe. Nach dem Petit Parisien soll der französische Botschafter in London neue Anweisungen erhalten haben, nach denen er bei den künftigen Verhandlungen mit Staatssekretär Chamberlain die französische Auffassung über einige internationale Rechtsprobleme, die durch die deutsche Note vom 20. 7. aufgeworfen worden seien, darzulegen habe. Das Blatt glaubt ferner zu wissen, daß die französische und englische Auffassung, namentlich in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, die hinsichtlich des Statuts der entmilitarisierten Zone am Rhein und der Gestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit sich schon wesentlich einander genähert hätten. Aber die britische Regierung scheine die Garantie bei den Schiedsgerichtsverträgen, die zwischen Deutschland, Polen und Tschechoslowakei abgeschlossen werden, immer noch anders aufzufassen als Paris.

Das endgültige Ergebnis der Generalratswahlen.

)(Paris. Das Innenministerium veröffentlicht über das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen Generalratswahlen eine **amtliche Statistik**, nach der sich die 1495 gewählten Generalräte auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen:

Konservative Liberale	131	Verlust	26
Rep.-Dem. Vereinigung	216	Verlust	36
Linksrepublikaner	236	Verlust	81
Rechtsstehende Radikale	98	Gewinn	37
Radikale (Herriot)	601	Gewinn	72
Soz. Republikaner (Painlevé)	72	Gewinn	25
Sozialisten	135	Gewinn	50
Kommunisten	6	Verlust	11

Unter den Gewählten befinden sich 76 Senatoren und und 142 Abgeordnete, während 6 Senatoren und 31 Abgeordnete unterlegen sind.

SLUB
Wir führen Wissen.